

# Internationale Studentische Presse-Agentur I S P A

• I S P A • Büro: SSV Hafenplatz • Köthener Str. 28 • 10963 Berlin • Tel & Fax: 030 / 2613389 •  
• [www.jadu-studies.de](http://www.jadu-studies.de) • e-mail: [ThRudek@gmx.de](mailto:ThRudek@gmx.de) •  
• Anreprechpartner: Thomas Rudek •

## Aufklärung Berliner Bankenskandal: Gesichts- und namenlos? Tagesspiegel und Berliner Zeitung wollen die Beteiligten nicht beim Namen nennen

Es ist kaum zu glauben, daß Tagesspiegel und die Berliner Zeitung sich den Luxus erlauben können, auf die Einnahmen einer Anzeige zu verzichten, in der die Gruppe „Bürger gegen den Bankenskandal“ die Namen der Manager und Aufsichtsratsmitglieder wie deren Bezüge bzw. Pensionsansprüche aufgelistet hat. Den Namensschutz der "Führungselite" des Berliner Bankenimperiums zu gewährleisten, scheint den Meinungsführern dieser Printmedien offensichtlich wichtiger als sich für die namentliche Aufklärung dieses Skandals glaubhaft einzusetzen.

Diese Form der indirekten Zensur ist charakteristisch, wie Skandale in der Bundesrepublik abgehandelt werden: Bei den Bemühungen um Aufklärungen bleibt mensch auf halber Strecke stehen. Zwar wird der Schaden samt Folgekosten beziffert, auch wird der Adressat sprich Steuerzahler genannt, der die Rechnung begleichen soll, aber das war es dann auch schon. Diejenigen, die abgesahnt haben und für dieses Desaster verantwortlich sind, werden genauso wenig zur Kasse gebeten wie zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: Es wird weiter abkassiert, so als ob nichts geschehen wäre. Selbstverständlich bleiben auch die intransparenten mafiösen Strukturen, durch die Filz und Vetternwirtschaft gedeihen, unangetastet, so daß nur eine Schlußfolgerung bleibt: Der Bankrott der staatlichen Haushaltskasse ist gewollt und wird mit Vorsatz herbeigeführt. Wo Kontrollverfahren versagt haben, müßten alle Anstrengungen darauf ausgerichtet werden, Vorsorge zu leisten, damit sich derartiges nicht wiederholen kann. Statt derartiges zu leisten, werden zu aller erst die Interessen der Fondzeichner geschützt und die Risiken der Bankgesellschaft auf das Land Berlin abgewälzt.

Vorschläge für ein wirklich effizientes, und das heißt öffentliches Kontrollmanagement bleiben aus, genauso wie eine Verschärfung des Wirtschaftsstrafrechts und eine Novellierung der bisherigen juristischen Kontrollmöglichkeiten.

Im Schmierentheater läuft wie gewohnt das routinierte Programm nach den Regeln der "Political Correctness", welches lautet: "Nur nicht persönlich werden", denn schließlich haben alle ihr bestes gegeben – genauer: genommen im Sinne jenes Aphorismus von Stanislaw Jerzy Lec: "Alle wollen unser Bestes. - Laßt es Euch nicht nehmen."

Die Art und Weise, wie mit der Anzeige der "Bürger gegen den Bankenskandal" umgegangen wird, verdeutlicht den Stellenwert von substanziellen Informationen. Eine Aufklärung, in der weder Personen genannt werden noch die strukturellen Systemdefizite detailliert aufgelistet werden, wird zu keiner Besserung führen. Die beteiligten "Leistungsträger" kommen nicht nur ungeschoren davon, sondern werden ihr inkompetentes Treiben in anderen (öffentlichen) Institutionen fortsetzen. Weitere Skandale sind die Folge, denn generell gilt der Grundsatz: Wer seine

### Anzeige der Gruppe „Bürger gegen den Bankenskandal“

BÜRGERINNEN UND BÜRGER VON BERLIN.

Kliniken, Kitas und Schwimmbäder werden geschlossen, Schulbücher nicht mehr bezahlt, Universitäts- und Kulturetats zusammengestrichen, Arbeitsplätze abgebaut

37.000 BerlinerInnen haben sich am Volksbegehren beteiligt

Finanzsenator Thilo Sarrazin sagt: „Berlin ist pleite“ Einer der Gründe:

DER BANKENSKANDAL

WAS KOSTET UNS DAS ?

Wir haben 2001 bereits € 1,755 MILLIARDEN gezahlt. Wir sollen zahlen: ab 2004 jährlich € 300 Millionen - 25 Jahre lang, insgesamt € 6,4 Milliarden. Das sind: pro Einwohner € 6.370 oder pro Beschäftigten € 14.500.

DABEI WIRD ES NICHT BLEIBEN!

21,6 Milliarden € hat der Senat von Berlin selbst für die weitere Risikoabdeckung des Missmanagements und der korrupten Geschäftspraktiken bis zum Jahr 2032 angesetzt. Die Summe, die im Antrag an den EU-Wettbewerbskommissar Monti genannt wird, liegt sogar bei mindestens 35 Milliarden €.

WER HAT DAS ZU VERANTWORTEN ?

Die Manager der Bankgesellschaft Berlin, deren Aufsichtsräte, die Bankenaufsicht, die Wirtschaftsprüfer, die Politiker...

Die Manager:

- Klaus-Rüdiger Landowsky: Monatspension € 19.812 (Jahrespension € 237.744)
- Jürgen Noack: Monatspension: € 15.338 (Jahrespension € 184.056)
- Ulf-Wilhelm Decken: Monatspension: € 19.020 (Jahrespension € 228.240)
- Jochen Zeelen: Monatspension: € 15.338 (Jahrespension € 184.058)
- Lothar Wackerbeck: Monatspension € 16.378 (Jahrespension € 196.538)
- Bernd Morgenroth: Monatspension: € 22.085 (Jahrespension € 285.020)
- Klaus von der Heyde: Monatspension: € 17.085 (Jahrespension € 205.020)
- Norbert Pawlowski: Monateinkommen geschätzt: € 35.000 (Jahrespension € 420.000)
- Wolfgang Rupf: Monatsgehalt bis Oktober 2006 € ca. 60.000 (Jahresgehalt bis Okt 2006 € 720.000), danach Pension monatlich € 30.000 (Jahrespension € 360.000)
- und 20 weitere Vorstände...

"Geschäftstüchtigkeit" (beispielsweise in Fragen der Privatisierung und Deregulierung zugunsten der Renditeerwartung privater Investoren und Anleger) bereits unter Beweis gestellt hat, mit dem kann auch weiterhin nach Belieben verfahren werden.

Damit eben nicht alles bleibt wie es ist, damit nicht Gras über die Sache wächst, damit verhindert wird, daß sich alles im Wohlgefallen des Vergessens verflüchtigt, ist es wichtig, zu zeigen, daß hinter dem Skandal nicht nur die gesichtslose Berliner Bankgesellschaft, sondern Personen aus Fleisch und Blut stehen, Personen, die einen Namen und eine Adresse haben. Einer entpersonalisierten, anonymen Aufklärung, wie sie typisch für die Bundesrepublik ist, liegt ein falsches Verständnis von „Political Correctness“ zugrunde, denn die Leistungsträger werden nur dann der Versuchung des Wegsehens, des Verschleierns oder der aktiven Bereicherung nicht erliegen, wenn ihnen bewußt ist, daß sie im Fall eines Skandals öffentlich vorgeführt werden und Karriere wie Image einen schweren Schaden davon tragen werden. Um einem Mißverständnis vorzubeugen: Es geht nicht um eine pauschale Vorverurteilung. Und natürlich muß die Schuld juristisch nachgewiesen werden. Doch im Fall der namentlichen Nennung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder mit ihren Bezügen steht nicht die juristische, sondern die politische und öffentliche Verantwortung im Vordergrund. Hier geht es darum, daß dieser Personenkreis in seiner Leitungs-, Führungs- und internen Kontrollfunktion auf ganzer Linie versagt hat, daß diese Entscheidungsträger ihre Aufgaben trotz guter Bezahlung nicht erfüllt haben. Wenn eine Arbeitsleistung in wichtigen Kernbereichen nicht erbracht worden ist, und dadurch enorm hohe Folgekosten produziert werden, die auf die öffentliche Hand abgewälzt werden, dann darf das nicht dazu führen, daß die Beteiligten auch weiterhin für mangelhaft erbrachte Leistungen voll abkassieren - so, als ob nie etwas geschehen wäre.

#### Die Aufsichtsräte:

Edzard Reuter ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bankgesellschaft Berlin, ehem. Vors. Daimler-Benz AG, Heinz Dürr ehem. Vors. Deutsche Bahn AG, Friede Springer Axel Springer AG, Dieter Feddersen RA, ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bankgesellschaft Berlin, div. Aufsichtsräte, Erwin Staudt ehem. Vorstands-Vors. IBM Deutschland, div. Aufsichtsräte, Klaus Murmann Ehrenpräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V., div. Aufsichtsräte, Manfred Bodin Vorstands-Vors. Nord LB, Peter Kurth CDU, ehem. Senator f. Finanzen, Annette Fugmann-Heesing SPD, ehem. Senatorin f. Finanzen, Ditmar Staffelt SPD, Staatssekretär i. Bundeswirtschaftsministerium, Wolfgang Branoner, CDU, ehem. Senator f. Wirtschaft und Technologie, Horst Kramp ehem. Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin (IHK), Hartmut Friedrich DAG/ver.di Berlin u. Brandenburg, Ernst-Otto Kock ÖTV/ver.di Berlin, Joachim Tonndorf, DAG/ver.di Berlin u. Brandenburg u.a...

#### WAS IST ZU TUN ?

- Rücknahme des Gesetzes zur Risikoübernahme vom 16.4.2002

- Rückabwicklung der Fonds

- Sofortige Entlassung aller Vorstandsmitglieder, Bankmanager

und Aufsichtsräte, die beteiligt waren

- Rückzahlung der unrechtmäßig erhaltenen Vergütungen

- Strafrechtliche Verfolgung ihrer Vergehen vor weiteren

Verjährungen

- Sofortige Entflechtung der Bankenholding, keine weiteren

Verschiebungen von Bankrisiken auf den Landeshaushalt

- Neuaufbau einer gesunden Bankenstruktur für die Region

Wir fordern eine objektive, öffentliche, unabhängige Prüfung aller Alternativen zum Wohl des Landes Berlin und unserer Zukunft. Wir unterstützen das Volksbegehren gegen den Bankenskandal! Schliessen Sie sich unserem Protest an.

Die Anzeige der "Bürger gegen den Bankenskandal" weist auf diesen Zusammenhang hin. Wenn das Interesse der Öffentlichkeit zu erlöschen droht, der Senat in Fragen des Volksbegehrens auf Zeit spielt und auf die Verjährungsfristen hofft, dann ist es wichtig, Öl ins Feuer zu gießen. Denn nur so kann Licht ins Dunkel gebracht werden. Allerdings fürchten die Beteiligten und Schuldigen weniger das Licht als das Feuer, welches sich schnell in einen Scheiterhaufen verwandeln könnte. Und wenn die Winde günstig stehen, dann könnte ein Funkenflug möglicherweise einen Flächenbrand auslösen. Und so entpuppt sich das Machtkartell als Feuerwehr, welches vorseilend jeden möglichen Brandherd so sichert, daß nichts und niemand in Flammen aufgehen kann. Wie diese Art der prophylaktischen Brandvermeidung funktioniert, ist simpel: Den potentiellen Brandherden wird die Grundlage entzogen: Die Luft zum Atmen.

Wie sehr die Dunkelheit der Anonymisierung bei der Aufarbeitung von Skandalen gewollt ist, belegt auch jener Versuch der Deutschen Bank: Als kürzlich das Theaterstück des international anerkannten Dramatikers Rolf Hochhuth "McKinsey kommt" in Brandenburg aufgeführt wurde, wollte die Deutsche Bank mit juristischen Maßnahmen die Aufführung verhindern. Die namentliche Nennung von Ackermann im gleichen Atemzug mit Herrhausen, Ponto und Schleyer sei ein Skandal, der zum Tyrannenmord auffordere - so die Interpretation der Deutschen Bank. Wenn diese Interpretation auch auf seinen Urheber zurückfällt (so würde vielleicht die Deutsche Bank mit ihren Kritikern umgehen, wenn sie könnte, wie sie wollte...) und von Hochhuth nicht beabsichtigt ist, so sollte man sich dieser Interpretation nicht verschließen, erscheint sie doch zumindest nachdenkenswert.

Thomas Rudek, d. 24.02.04